



„Deshalb ist es immer noch unser Ziel, Tirol direkt an das österreichische Gasnetz anzuschließen.“

Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) ist nach der Unterzeichnung des Gasdurchleitungsvertrags beruhigt, will sich aber nicht nur auf Gespräche zwischen Wien und Berlin verlassen. Foto: Falk



Der Transit für Gas über Deutschland nach Tirol und Vorarlberg bleibt auch im Fall einer Gasmangellage aufrecht. Deutschlands Wirtschaftsminister Robert Habeck und Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) zeigten sich nach der Unterzeichnung zufrieden über das Abkommen. Fotos: BMK, APA/Gindl

8500 warten noch auf Covid-Hilfen

Wien – Laut der Wirtschaftsberatungskanzlei Finanzombudsteam warten immer noch rund 5000 österreichische Unternehmen auf den Verlustersatz 2 und weitere 3500 Unternehmen auf den Verlustersatz 3. Die Summe der ausstehenden Auszahlungen beträgt satte 369 Millionen Euro. Unzählige Unternehmen stehen dadurch vor der Zahlungsunfähigkeit, so das Finanzombudsteam in einer Aussendung am Freitag.

10.564 Unternehmen hätten den Verlustersatz 2 bis zum Stichtag am 31.12.2021 beantragt. Doch mehr als ein Jahr später seien zahlreiche Anträge noch immer nicht bearbeitet worden, um den entgangenen Verlust aufgrund der Covid-Maßnahmen zu kompensieren. Lediglich 142 Mio. Euro wurden an 5157 Antragssteller ausbezahlt. Das bedeute, dass 5417 Unternehmen weiterhin auf 333 Mio. Euro warten. Noch dramatischer seien die Zahlen beim Verlustersatz 3. Diese betreffen Corona-Hilfszahlungen von 31.12.2021 bis 31.3.2022. 5462 Unternehmen haben entgangene Verluste von 268 Mio. Euro beantragt, doch nur 1836 Anträge wurden mit 36 Mio. Euro ausbezahlt. Fazit: Die ausstehenden Zahlungen liegen bei einer Gesamtsumme von 232 Mio. Euro.

„Mit 28. Februar endet für rund 50 Prozent der 350 Unternehmen, die wir vertreten, die 60-Tage-Frist für Zahlungsfähigkeit. Für 69 Unternehmen konnten wir aufgrund unserer Reklamation eine Auszahlung erwirken, aber die übrigen Unternehmen müssen aus heutiger Sicht Insolvenz anmelden“, erklärt Gerald Zmuegg vom Finanzombudsteam. Bei weiteren 30% würden die ausstehenden Zahlungen von Banken vorfinanziert. Die Fol-

ge ist, dass diese Unternehmen als Sanierungsfall innerhalb der Bank gesehen würden und bis dorthin kein frisches Kapital erhalten, so Zmuegg.

Die Cofag verweist in einer Stellungnahme gegenüber der TT darauf, dass es sich beim Verlustersatz um komplexere Anträge mit hohen Volumina handelt. Um sicherzustellen, dass das Geld der Steuerzahler rechtskonform zur Auszahlung gelangt, müsse genau geprüft werden. Bei komplexeren Anträgen würden die Prüfprozesse etwas länger dauern. Die Cofag bestätigt die Zahlen des Finanzombudsteams, betont aber, dass rund 80% der Anträge für den Verlustersatz 1 und 2 erst im Juni und September 2022 zugestellt wurden.

Die Cofag stellt auch klar, dass Auszahlungen ausschließlich davon abhängen, ob die gesetzlich vorgegebenen Voraussetzungen vorliegen. Auch Interventionen von unbeteiligten Dritten würden nichts daran ändern, dass Anträge ordnungsgemäß geprüft werden müssten, bevor sie zur Auszahlung kommen können. Details zu den aktuellen Auszahlungen finden sich unter <http://go.apa.at/n6Z09vVs>. Zuletzt begannen auch die Rückforderungen von unrechtmäßig bezogenen Corona-Hilfen. (hu)



Gerald Zmuegg warnt vor Zahlungsausfällen. Foto: Finanzombudsteam

Gasdurchleitung fixiert, Mattle will Direktanschluss

Der Vertrag mit Deutschland sichert, dass Gas aus Speichern in Oberösterreich auch über Deutschland nach Tirol und Vorarlberg gelangt.

Wien, Innsbruck – Wie angekündigt gibt es nun einen bilateralen Gasdurchleitungsvertrag zwischen Deutschland und Österreich, der am Freitag in Wien unterzeichnet worden ist. Im Abkommen wurde die gemeinsame Verantwortung zur Nutzung und Befüllung der Erdgasspeicheranlagen Haidach und 7Fields vereinbart. Enthalten ist auch eine Verständigung zum Transport der gespeicherten Gasmengen im Fall einer Mangellage, teilten das Energieministerium und das deutsche Wirtschaftsministerium mit.

Der Transit für Gas über Deutschland nach Tirol und Vorarlberg bleibt auch im Fall einer Gasmangellage aufrecht, was für die beiden westlichsten Bundesländer der Alpenrepublik von fundamentaler Bedeutung ist. Österreichische Unternehmen, die in Haidach oder 7Fields (beide in Oberösterreich) Gas eingelagert haben, können diese Speichermengen so auch in einem Notfall über Deutsch-

land nach Vorarlberg und Tirol transportieren, sofern technische Gründe dem Transit nicht entgegenstehen.

Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) zeigte sich ob des Vertrages „beruhigt“ und versprach, „alles daranzusetzen“, um aus fossilen Energieträgern herauszukommen.

Der Ausstieg „funktioniert aber nicht von heute auf morgen“, sagte er in einer Aussendung. „Deshalb brauchen wir Brückenenergieträger, wie Gas einer ist“, meinte Mattle. Der Landeschef wollte sich aber „nicht nur auf Gespräche zwischen Wien und Berlin“ verlassen: „Vertrauen ist gut,

Eigenständigkeit ist besser. Deshalb ist es immer noch unser Ziel, Tirol direkt an das österreichische Gasnetz anzuschließen.“

Unterzeichnet haben das Abkommen zwischen den Ressorts beider Länder Energieministerin Leonore Gewessler aus Österreich und Deutschlands Wirtschaftsminister Robert Habeck (beide Grüne) im Schloss Schönbrunn. Die wichtigsten Punkte des Abkommens sind laut den beiden Ministerien die Verantwortung für das Befüllungsziel der beiden Erdgasspeicher, die in Österreich liegen, aber bisher überwiegend an das deutsche Netz angeschlossen sind. Das Befüllungsziel werde nun in der Gesamtbetrachtung zwischen Österreich und Deutschland aufgeteilt. „Das Abkommen mit Deutschland ist ein zusätzliches Sicherheitsnetz für die stabile Gasversorgung Österreichs und ganz besonders eines für Vorarlberg und Tirol“, betonte Gewessler. (APA)

Gaspreis wieder unter 50 Euro gefallen

Frankfurt – Der Preis für Erdgas geht weiter zurück. Am Freitag fiel der Preis für den Terminkontrakt TTF für Auslieferung in einem Monat erstmals seit gut eineinhalb Jahren unter die Marke von 50 Euro je Megawattstunde. Im Tief wurden am Vormittag 49,50 Euro markiert, das ist der tiefste Stand seit August 2021. Infolge des Ukraine-Krieges waren die Erdgaspreise drastisch gestiegen. In der Spitze wurden

Preise von mehr als 300 Euro gezahlt, nachdem Erdgas davor um die 20 Euro gekostet hatte. Der Preisrückgang, der sich bereits seit letztem Sommer vollzieht, ist vor allem auf gut gefüllte Erdgasspeicher, hohe Importe auch von Flüssiggas und eine wetterbedingt niedrigere Nachfrage zurückzuführen. Hinzu kommen Einsparungen in der Industrie, die aus Kostengründen weniger herstellt. (APA)



Österreich Werbung hat neue Chefin

Astrid Steharnig-Staudinger (l.) übernimmt mit 1. Mai die Geschäftsführung der Österreich Werbung. Die Kärntnerin folgt damit Lisa Weddig nach, die aus privaten Gründen um eine vorzeitige Auflösung ihres Vertrages ersucht hatte. Steharnig-Staudinger sei aus 33 Bewerbern einstimmig ausgewählt worden, sagte Tourismus-Staatssekretärin Susanne Kraus-Winkler. Foto: APA/Steinmauer

Kocher trifft Amtskollegen in Wien

Schwerpunkt der Gespräche waren die Energiewende und die aktuell hohen Energiepreise.

Wien – Gestern traf sich Arbeitsminister Martin Kocher (ÖVP) mit dem deutschen Wirtschaftsminister Robert Habeck, seiner Lichtensteiner Amtskollegin Sabine Monau und dem Schweizer Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Schwerpunkte waren, neben der Ukraine, die Energiewende und die hohen Energiepreise. Wichtig sei, dass Projekte zur Energiewende rasch umgesetzt und bei den Handelsabkommen Fortschritte erzielt werden und die Strommarktöffnung auf den Weg

gebracht wird, so Habeck. Ein weiteres Thema des Treffens war der Inflation Reduction Act (IRA) der USA. Die US-Industriepolitik soll dadurch in den kommenden fünf Jahren durch hohe Milliardenbeträge gestärkt werden. Aus Sicht der



Die Amtskollegen Guy Parmelin, Martin Kocher, Sabine Monau und Robert Habeck (v.l.) sprachen über aktuelle Herausforderungen. Foto: APA/Hochmuth

EU sind daher wichtig Maßnahmen zu erarbeiten, um eine Diskriminierung europäischer Firmen zu vermeiden. „Auf österreichischer Seite plädieren wir für eine rasche europäische industriepolitische Antwort auf den Inflation Reduction Act“, betonte Kocher. Habeck wiederum meinte: „Wir können und müssen mit Blick auf die Debatte um den US Inflation Reduction Act eine grüne Brücke über den Atlantik schlagen und gemeinsame grüne Leitmärkte aufbauen.“ (APA)